

Pressedienst
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Osnabrück
Bierstr. 28
49074 Osnabrück
Tel.: 0541 / 323-3130



PRESSEMITTEILUNG vom 18.12.2020

Was hat die Verwaltung zu verbergen?

GRÜNE fordern Einsicht in die Erkenntnisse zum Artenschutz auf dem KME-Gelände

Seit Monaten wird von der Verwaltung angestrebt, das neue Trainingszentrum des VFL auf dem östlichen KME Gelände unterzubringen. Die GRÜNEN wundern sich, dass die Verwaltung über die naturschutzrechtlichen Erkenntnisse keine Transparenz herstellt. „Es ist schon merkwürdig, dass seit dem Spätsommer eine Erhebung zum Artenschutz vorliegt, aber wir als Ratsmitglieder die Ergebnisse nicht vorgelegt bekommen. Das Einzige, was wir wissen ist: Es gibt ein Vorkommen der streng geschützten Bechsteinfledermaus“, stellt Sebastian Bracke, umweltpolitischer Sprecher der GRÜNEN Ratsfraktion, fest.

Auf die mehrfache Aufforderung der GRÜNEN an die Verwaltung, die Ergebnisse der Untersuchung vorzulegen, gäbe es immer nur den Hinweis, dass das Gutachten sich noch in der Abstimmung mit den Beteiligten befände. Dieses Vorgehen wird von den GRÜNEN kritisiert. „So schafft man kein Vertrauen in den Planungsprozess. Es ist doch naheliegend, dass sich jetzt alle fragen, was es dort zu verbergen gibt. Warum legt man nicht die bisherigen Erkenntnisse offen und nährt stattdessen die Befürchtung das Projekt auf Biegen und Brechen durchsetzen zu wollen, auch wenn es artenschutzrechtlich nicht in Ordnung ist?“, fragt sich Bracke.

Auch wenn die GRÜNEN grundsätzlich Flächen am Limberg für geeigneter und besser zu realisieren ansehen, sei es nachvollziehbar, dass die Verwaltung mit dem VFL prüfe, ob und gegebenenfalls unter welchen Bedingungen am KME-Standort das Vorhaben im Einklang mit dem Artenschutz machbar ist. „Aber, warum dürfen wir nicht wissen, um wie viele Fledermäuse es sich handelt, auf welchen Teilen der Fläche, wie das ganze rechtlich zu beurteilen ist und welche Folgen für das Projekt daraus resultieren. Das machen wir nicht länger mit. Wir werden jetzt von unserem Recht auf Akteneinsicht Gebrauch machen“, erklärt Bracke.